Należytość pocztową opłacono ryczałtem.
Die Postgebühr ist bar bezahlt.

Erscheint wöchentlich

Ost-Deutsches Volksblatt

Bezugspreis: Jährlich: Polen 12 zl, Deutschland 10 Gmk, Amerika 2½ Dollar, Tschechoslowakei 80 K, Oesterreich 12 S. — Vierteljährlich: 3,00 zl, — Monatlich: 1,20 zl.
Einzelfolge: 30 Groschen.

Vierzehntägig die Beilage: „Der deutsche Landwirt in Kleinpolen."
Enthält die amtlichen Mitteilungen des Verbandes deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften in Kleinpolen z. s. z o. o. we Lwowie.
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.
Schriftleitung und Verwaltung: Lwów, (Lemberg), Zielona 11.

Anzeigenpreise:
Gewöhnl. Anzeigen jede mm Zeile, Spaltenbreite 36 mm 15 gr. im Textteil 90 mm breit 60 gr. Erste Seite 1000 gr. Kl. Anz. je Wort 30 gr. Kauf, Verk., Familienanz. 12 gr. Arbeitssuch. 5 gr. Auslandsanzeige 50% teurer, bei Wiederhol. Rabatt.

Folge 21 — Lemberg, am 24. Wonnemond 1931 — 10. (24) Jahr

Pfingsten

Frühlingslüfte wehen lieblich,
Durch die schöne Maienwelt.
Ueberall blühn friedlich Blumen,
Auf dem weiten Erdenzelt.

Ernste Glockenklänge mahnen,
Legt des Hasses Waffen fort,
Pfingsten ist ins Land gezogen,
Frieden spendet Christi Wort!

Pfingsten lieblich Fest des Friedens!
Mitten in des Hasses Krampf,
Pfingstgeist, Bote neuen Lebens,
Christus kämpft den Friedenskampf!

B—.

Deutscher Bekennermut in Litauen

Entschlossene Haltung der deutsch-evangelischen Gemeinde in Wirballen.

Die Republik Litauen ist in Europa nicht so sehr wegen ihrer wirtschaftlichen oder kulturellen Bedeutung, sondern mehr wegen der Uebergriffe im Memelgebiet bekannt. Bis zum Weltkrieg wußte man kaum etwas von dem litauischen Volke. Das Gebiet gehörte zu Rußland und war als „Nordwestprovinz" eingetragen. Das litauische Volk selbst bestand aus Bauern, eine gebildete Intelligenzschicht gab es nicht. Erst als im Weltkriege unter den Schlägen der deutschen Heere, die Russen das Land verließen, entdeckten zahlreiche ehemalige russische Beamte, vorher russisch bis auf die Knochen, ihr litauisches Herz. Schnell hängten sie ihrem Namen noch eine litauische Endung an und zogen als Befreier ihres Vaterlandes — die Luft war von den Deutschen gereinigt worden — in Kowno ein. Nach der Niederwerfung Deutschland durch die Westmächte, fielen die tapferen Litauer in das zu Deutschland gehörende Memelland ein. Das Gebiet war damals von den Franzosen besetzt und diese hielten sich so „tapfer", daß die Litauer das Memelgebiet ohne Schuß und Streich einnehmen konnten. Die Stadt Wilna hatten die Litauer auch besetzt und zur Hauptstadt ihres Reiches ausersehen. Eines Tages aber zog der polnische General Zeligowski mit seinen Truppen in Wilna ein, jagte die Litauer zum Teufel und kümmerte sich um keine Proteste. Wilna ist polnisch geblieben, aber es herrscht seitdem zwischen Polen und Litauen ein verschleierter Kriegszustand. In Litauen selbst, ringen ehrgeizige Politiker und Offiziere um die Vorherrschaft. Der Landtag ist aufgelöst, Ministerpräsident Tubelis regiert mit Hilfe des Ausnahmezustandes, Zensur und Kriegsrecht.

Die Republik Litauen zählt etwa 3 Millionen Einwohner und zerfällt in zwei Teile: Großlitauen und das Memelland. Das Memelgebiet ist zwar durch das Diktat der Westmächte Litauen einverleibt worden, aber die Bevölkerung des Gebietes, die bis auf die eingewanderten Litauer rein deutsch ist, steht unter dem Schutz des Völkerbundes. Die litauische Regierung muß trotz des Kriegszustandes im Staate in Memel sogar einen deutschen Landtag mit starker deutscher Mehrheit bestehen lassen. Seitdem Deutschland im Völkerbunde sitzt, wurde die litauische Regierung wegen ihrer Uebergriffe im Memelland so scharf zur Ordnung gerufen, daß die litauischen Regierungsgewaltigen in Kowno doch zu Kreuze krochen und im Memelgebiet mit süßsaurer Miene das bodenständige Deutschtum nun einigermaßen schonen. Nun gibt es aber noch eine deutsche Minderheit in Groß-Litauen, die leider unter niemandes Schutze steht. Die deutsche Minderheit zählt rund 30 000 Seelen und bekennt sich zum fast durchwegs evangelischen Glauben. An Seelenzahl kommt demnach die deutsch-evangelische Minderheit in Groß-Litauen der deutsch-evangelischen Bevölkerung in fast Galizien gleich, wo es rund 35 000 Deutsch-Evangelische gibt. Innerhalb einer Gesamtbevölkerung von 3 Millionen, kommt dieser deutschen Minderheit in Litauen, immerhin eine gewisse Bedeutung zu. Mit dem deutschen Schulwesen auf dem heutigen litauischen Gebiet war es schon zu russischer Zeit traurig bestellt. Die deutsch-evangelischen Gemeinden gründeten Privatschulen im Rahmen ihrer Kirche, ähnlich dem deutsch-evangelischen Privatschulwesen bei uns. Diese Schulen wurden von den Russen bald geduldet, bald gesperrt. Als das Gebiet im Weltkrieg von den Deutschen besetzt wurde, versuchten die deutschen Besatzungsbehörden das deutsche Schulwesen zu organisieren. Als 1914 der litauische Staat entstand, übernahm er 37 deutsche Volksschulen. Von diesen Schulen bestehen heute nur noch 13, aber auch diese stehen als deutschen Schulen nur auf dem Papier, tatsächlich gibt es nur noch 5 Schulen mit deutscher Unterrichtssprache in Litauen, für eine deutsche Minderheit von 30 000 Seelen! Vergleichen wir damit unser Schulwesen, das noch lange nicht alle deutschen Kinder erfassen kann, dann können wir uns einen Begriff von der deutschen Schulnot in Litauen machen! Das deutsche Schulwesen haben die Litauer völlig vernichtet; nun beschlossen die litauischen Machthaber ihre Axt an den deutschen Charakter der evangelischen Landeskirche zu legen. Gedacht, getan! Die oberste Kirchenbehörde, das evangelische Konsistorium in Kowno, — eine Kircheninstanz vergleichbar mit der evangelischen Superintendentur der evangelischen Kirche Galiziens in Stanislau — wurde litauisiert. An die Spitze des Konsistoriums stellte die litauische Regierung den fanatischen litauischen Pfarrer Dr. Geigalat; lediglich ein deutscher Vertreter. Pfarrer Tittelbach wurde im Konsistorium belassen. Das Konsistorium versucht nun aus den deutsch-evangelischen Gemeinden die deutschen Pfarrer, an denen ihrer Pfarrkinder mit Liebe hängen, zu entfernen und an deren Stelle litauische evangelische Geistliche zu setzen. Die staatliche deutsche Gemeinde in Wirballen, war den Litauern schon längst ein Dorn im Auge. Dort bestand noch bis vor Kurzem eine große deutsche Volksschule mit 130 Kindern. Diese Schule wurde aufgelöst und die deutschen Kinder in die litauischen Schulen des Ortes gesteckt. Damit war aber noch nicht alles getan. Noch befand sich der mutige deutsch-evangelische Pfarrer Lokies in Wirballen. Nach dem bitteren Verlust der deutschen Schule, scharte sich die deutsche Gemeinde umso enger, um ihre noch deutsche gebliebene Kirche und den wackeren Seelsorger. Diesen Zustand konnte Herr Dr. Geigalat, Vorsitzender des evangelischen Konsistoriums in Kowno nicht mehr mitansehen. Das Konsistorium faßte, gegen die Stimme des deutschen Konsistorialrates Pfarrer Tittelbach den Beschluß, Pfarrer Lokies aus Wirballen in eine litauische Gemeinde zu versetzen. Als Pfarrer in Wirballen wurde Pfarrer

Wiemer, — trotz seines deutschen Namens ein fanatischer Litauer — ernannt. Die deutsch-evangelische Gemeinde in Wirballen, rund 3000 Seelen umfassend, wollte eine Protestversammlung abhalten, doch diese wurde verboten. Dem Konsistorialrat Tittelbach, der in Wirballen erschien, wurde ein Protest gegen die Ernennung Pfarrer Wiemers eingehändigt, der die Unterschrift von 500 stimmberechtigten Gemeindegliedern trug. Dieser Protest ging an dem Staatspräsidenten ab. Trotzdem kam Pfarrer Wiemer nach Wirballen. In der Kirche fand er eine aufgeregte Menschenmenge, die gegen ihn als Litauer protestierte; Pfarrer Wiemer aber schnitt die Einwände mit den vielsagenden Worten ab: Wessen Brot ich esse, dessen Lied ich singe! Da sich Polizei in der Kirche befand, fühlte er sich unbedingt sicher, trat vor den Altar und begann litauisch zu sprechen. Die Gemeinde aber stimmte geschlossen in deutscher Sprache den Choral an. „Aus tiefer Not schrei ich zu Dir" Pfarrer Wiemer fuchtelte krampfhaft mit den Armen hin und her, aber die Gemeinde sang den deutschen Choral weiter und ließ den Litauer nicht zu Wort kommen. Pfarrer Wiemer blieb nichts übrig als die Kirche zu verlassen. Das würdige aber entschlossene Verhalten der deutsch-evangelischen Bauern in Wirballen, hat die Litauisierung des Gottesdienstes zunächst verhindert. Wie sich die Dinge weiter entwickeln werden, wird die Zukunft zeigen. Am 17. April d. Js. erschienen die ehemaligen deutschen Abgeordneten Rogall und Kinder bei dem Ministerpräsident Tubelis in Kowno, um gegen das Vorgehen des Konsistoriums und insbesonders gegen die Tätigkeit Dr. Geigalats zu protestieren. Tubelis empfing auch eine Abordnung der Gemeinde Wirballen, um sich unterrichten zu lassen. Die Wochenschrift „Deutsche Nachrichten", das Organ der deutschen Minderheit in Litauen zweifelt ob es gut sei, daß die Deutschen in dem Konsistorium Dr. Geigalats weiter mitarbeiten, wie sie es bisher um des lieben Friedens willen taten.

Der Bekennermut der deutsch-evangelischen Bauern in Wirballen verdient überall bekannt zu werden, wo Deutsche wohnen. Der Fall Wirballen beleuchtet die Not des kämpfenden Auslandsdeutschtums in drastischer Weise. Zuerst nahm der nationalistische Staat der deutschen Minderheit die deutsche Schule. In diesem Zusammenhang verdient auch erwähnt zu werden, daß die litauischen Behörden auch der polnischen Minderheit in Litauen, die 300 000 Köpfe umfaßt, das polnische Schulwesen wegnahmen. Nach der Zerstörung der deutschen Schule soll die evangelische Kirche in den Dienst blindwütigen Nationalhasses gestellt werden. Daß sich aber hohe Würdenträger der Kirche, wie Dr. Geipalat, finden, die bereit sind, statt christliche Liebe zu pflegen, Nationalhaß zu betreiben, ist unsäglich traurig. Wenn nationalistische, weltlich gesinnte Regierungsgewaltige die Unterdrückung nationaler Minderheiten als hohe Staatskunst ansehen, so kann man dies vielleicht noch verstehen, wenn auch niemals billigen. Berufene, geistliche Vertreter christlicher Kirchen aber müssen, wenn sie Christus nicht verleugnen wollen, allen ihren Gläubigen mit gleicher Liebe entgegenkommen. Heute werden christliche Missionare sogar in Negersprachen unterrichtet, um den wilden Negern in Afrika das Evangelium in der Muttersprache zu bringen. In christlichen Staaten des christlichen Europas aber kann es vorkommen, daß die elementaren Rechte gläubiger Christen inbezug auf ihre Muttersprache von hohen christlichen Würdenträgern verleugnet werden. Denn der Fall in Wirballen steht ja nicht vereinzelt da. Auch in Polen ist in dem Posener Gebiete in dieser Hinsicht so manche Fälle nationaler Unduldsamkeit gegenüber deutschen Christen vorgekommen, die oft noch schlimmer waren als die Vorfälle in Wirballen. In Kongreßpolen herrschten lange Zeit diese Mißverhältnisse zwischen den Deutsch-Evangelischen, die dort die überwältigende Mehrheit des evangelischen Kirchenvolkes ausmachen, und dem Generalsuperintendenten Dr. Bursche, der sich zum polnischen Volkstum bekennt. Der evangelischen Landeskirche Galiziens sind dank der umsichtigen Führung durch Superintendent Dr. Zöckler nationale Reibungen ernsterer Natur erspart geblieben; der Fall Krakau dürfte schließlich doch noch eine befriedigende Lösung im Rahmen des Rates der evangelischen Kirchen Polens finden. Die Verhältnisse in der evangelischen Kirche Galiziens zeigen verschiedene Schwierigkeiten; neben der deutsch-evangelischen Mehrheit gibt es in den Städten polnisch-evangelische Minoritäten, und seit den letzten Jahren sind noch die evangelischen Ukrainer hinzugekommen. Wo aber ein Wille ist, da ist auch ein Weg! Schlimmer steht es mit den deutschen Katholiken Galiziens; noch immer entbehren vielfach deutsch-katholische Gemeinden der geistlichen Versorgung in ihrer Muttersprache. Der Verband deutscher Katholiken konnte trotz eifrigsten Bemühens in dieser Hinsicht bis jetzt nur wenig Besserung schaffen.

Eben ist Pfingsten wieder gekommen, das Fest der Erinnerung an die Gründung der ersten christlichen Gemeinde vor nahezu zweitausend Jahren. Die Jünger Christi sprachen damals zu der versammelten Volksmenge, die auch verschiedenen Nationen angehörten, in jeder Sprache, so daß alle die Botschaft vom christlichen Glauben verstehen konnten. Die Jünger Christi waren der Worte eingedenk, die Christus zu ihnen gesagt hatte: Gehet hin in alle Welt und lehret alle Völker! Diese Worte Christi sollten sich, heute in der Zeit des nationalen Hasses, jeder berufene Vertreter und Würdenträger des Christentums vor Augen halten, wenn ihn nationale Vorurteile verleiten wollen, seine Gläubigen wegen Zugehörigkeit zu dieser oder jener Nation vorzuziehen oder zurückzusetzen. In einer Zeit, da in Sowjetrußland, einem Riesenreich von 150 Millionen Menschen, die Gottlosigkeit zur Staatskunst erhoben wird, ist nationale Unduldsamkeit im Rahmen christlicher Glaubensbekenntnisse eine weitere Waffe für die Gegner des Christentums, die heute mehr denn je ihr Haupt erheben.

Willi B—.

Aus Zeit und Welt

Senatspräsident Maurice Doumer zum Staatspräsidenten Frankreichs gewählt.

Am 13. Mai d. J. wurde in Versailles der französische Staatspräsident gewählt. Seit dem Bestehen der dritten französischen Republik von 1871 ist dies der 13. Präsident dessen Wahl merkwürdigerweise auch noch auf den 13. Mai fiel. Den Staatspräsidenten wählen in Frankreich das Parlament und der Senat gemeinsam, die sich zu diesem Behuf zur Nationalversammlung vereinigen. Bei der diesmaligen Wahl hoffte man, daß der derzeitige Außenminister Aristide Briand zum französischen Staatspräsidenten gewählt werden würde.

Der Wahltag des Staatspräsidenten ist in Versailles immer ein großartiges Schauspiel. Auch diesmal wurde Militär aller Waffengattungen zusammengezogen, so daß der französische Militarismus in vollem Glanze erstrahlte. Ein Geschwader von Flugzeugen kreiste über Versailles. Beim ersten Wahlgang erhielt Briand 402 Stimmen, der Senatspräsident Maurice Doumer dagegen 440 Stimmen. Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit der Nationalversammlung erhalten hatte, wurde ein zweiter Wahlgang vorgenommen. Obwohl Briand noch Aussichten hatte, zog er seine Kandidatur zurück. Im zweiten Wahlgang wurde Maurice Doumer zum Staatspräsidenten der französischen Republik gewählt. Die Sozialisten stimmten zum Protest die Internationale an, während die Nationalisten, die sich zu Doumer zählen, die französische Staatshymne sangen. Mit diesem Ausklang schloß die Wahl.

Maurice Doumer, der neue französische Staatspräsident, ist politisch erst einmal besonders hervorgetreten, als er 1922 besonders hohe Reparationen von Deutschland forderte.

Die Schneider-Creuzot-Anleihe für den polnischen Bahnbau Kattowitz—Gdingen.

Der polnische Sejm hat das Anleihegesetz auf Grund dessen Polen von der französischen Firma Schneider-Creuzot eine Anleihe erhält, genehmigt. Die Anleihe wird für den Bau einer Bahnlinie Kattowitz—Gdingen verwendet werden. Die Bahnlinie wird von Schneider-Creuzot gebaut, doch haben sich die Franzosen verpflichtet nur polnische Arbeiter zu beschäftigen und auch das Baumaterial, soweit nur möglich, von Polen zu beziehen. Nach Fertigstellung der Bahnlinie nehmen die Franzosen die Bahn für 40 Jahre in Pacht. Die polnische Regierung wird jedoch den Betrieb durch Kommissare kontrollieren dürfen und soll auch Einfluß auf die Tarife erhalten.

Durch die neue Bahnlinie wird zwischen Kattowitz und Gdingen eine Verbindung geschaffen, die um 130 Kilometer kürzer ist, als die jetzt bestehende kürzeste Bahnverbindung. Der Bahn kommt große wirtschaftliche und auch politische Bedeutung zu.

Die Ukrainerbeschwerden in Genf.

Die im Zusammenhang mit der im Herbst vorigen Jahres in Ostgalizien durchgeführten Befriedungsaktion sind mehrere ukrainische Beschwerden an den Völkerbund in Genf gerichtet worden. Vor einigen Wochen hieß es, daß diese Beschwerden auf der Maitagung des Völkerbundrates nicht behandelt werden könnten, da die polnische Regierung ihre Stellungnahme zu den Beschwerden nicht eingereicht habe. Nun wird aus Genf mitgeteilt, daß die polnische Regierung zu den Ukrainerbeschwerden

die erforderlichen Berichte eingesandt habe, so daß die ukrainischen Beschwerden im Mai vor dem Völkerbund verhandelt werden können.

Deutscher Schulstreik im Kreis Schwetz.

Im Kreise Schwetz, Wojewodschaft Posen, hat der dortige Kreisschulinspektor verfügt, daß in allen Schulen mit polnischer Unterrichtssprache der evangelische Religionsunterricht zu erteilen sei. Im Kreise Schwetz gibt es nur eine einzige öffentliche deutsche Volksschule und zwei deutsche Privatschulen. Etwa 2000 deutsch-evangelische Kinder dieses Kreises besuchen polnische Volksschulen. Der Religionsunterricht wurde diesen Kindern aber in deutscher Sprache erteilt. Diesen deutschen Religionsunterricht hat nun der dortige Schulinspektor, ein Herr Katorski, einfach aufgehoben, trotz Verfassung und Minderheitsrechten. Die betroffenen deutschen Eltern sind entschlossen, ihre Kinder von dem polnischen Religionsunterricht fernzuhalten und einen Schulstreik zu organisieren.

Eine neue ukrainische Beschwerde beim Völkerbund.

In der letzten Sejmsitzung erklärte der Abgeordnete Stronski, daß in der ukrainischen Angelegenheit bereits zehn Beschwerden beim Völkerbund eingelaufen sind. Wie wir aus unterrichteter Quelle erfahren, ist noch eine neue Beschwerde dazugekommen, und zwar die des ukrainischen Sejmabgeordneten Alexander Jaworskyj. In der Beschwerde werden die mehrmaligen Verhaftungen dieses Abgeordneten während der Wahlzeit und der Pazifizierungs-Aktion in Ostgalizien sowie die Mißhandlungen, denen dieser angesehene ukrainische Politiker seitens der Polizei ausgesetzt worden sein soll, angeführt und genau geschildert.

Ein ukrainischer Student in Lemberg erschossen.

Am 14. Mai d. J. wurde der 21jährige ukrainische Student Bohdan Kaznowski, abends gegen 10 Uhr, auf der Jadwigastraße erschossen. Als der Mörder wurde bald der ukrainische Techniker Eugen Bartasz verhaftet, der sich zum Mord bekannte.

Der ermordete Bohdan Kaznowski besuchte die 8. Klasse eines Lemberger polnischen Gymnasiums. Er gehörte aber mehreren ukrainischen Vereinigungen an. Im Februar d. J. besuchte er einen ukrainischen Ball in Lemberg, dort geriet er irgendwie mit Bartosz in Streit und gab ihm einige Ohrfeigen. Bartosz behauptet nun, er habe wegen dieser tätlichen Beleidigung Kaznowski erschossen, da dieser die Ohrfeigengeschichte überall erzählt habe. Bartosz gehört der geheimen ukrainischen Militärorganisation an. Die Polizei leitet die Untersuchung daher auch der Richtung eines politischen Mordes, da ein paar Ohrfeigen als Beweggrund zum Mord etwas geringfügig scheinen.

Die Offiziere und Berufsunteroffiziere erhalten für Mai den vollen Gehalt.

Von der 15prozentigen Gehaltskürzung der Staatsangestellten in Polen, waren auch die Offiziere und Unteroffiziere des polnischen Heeres betroffen worden, da sie ja vom Staat bezahlt werden und daher als Staatsbeamte betrachtet werden. Ueber Anregung des Marschall Pilsudski wurde die Gehaltkürzung der Offiziere und Berufsunteroffiziere nochmals behandelt und beschlossen, diesen den 15prozentigen Abzug für Mai nachzuzahlen. Das Ministerium stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß der Sejm auf Grund der Lex Wyrzykowski die Regierung nur ermächtiget habe, den Staatsangestellten die Bezüge zu kürzen, worunter aber die Offiziere und Unteroffiziere nicht zu verstehen seien. Daraufhin erhielten die Offiziere und Unteroffiziere der polnischen Armee den 15prozentigen Abzug für Mai nachgezahlt.

Diese Maßnahme wurde von den zivilen Staatsangestellten Polens mit sehr gemischten Gefühlen angesehen. Die Gehälter der Offiziere sind ohnehin schon bedeutend höher als die Bezüge der zivilen Staatsangestellten in denselben Gehaltsgruppen. So bezieht z. B. ein Hauptmann der in der siebenten Rangklasse fungiert etwa 70—80 Zloty mehr als ein ziviler Beamter in derselben Rangklasse. Durch die Kürzung der Bezüge der zivilen Staatsangestellten bei unveränderten Gehältern der Offiziere, wird der Unterschied natürlich noch schlimmer!

Der polnische Finanzminister Oberst Matuszewski, der um jede Million knausert, um das Loch im Staatssäckel beim Staatshaushaltsplan 1931/32 zu stopfen, war nach Schweden zum Zündholzkönig Kreuger gefahren. Er erschrak, als er hörte, daß der Ministerrat den Offizieren weiter die früheren Gehälter zu zahlen beschlossen habe, da dies eine Mehrausgabe von 35 Millionen Zloty ausmachte. Alsbald hieß es, daß die Offiziere im Juni auch wieder nur die verkleinerten Gehälter bekommen werden. Kategorisch aber wurde erklärt, daß keine Rede davon sei, den zivilen Beamten die früheren Gehälter zurückzugeben. Zuletzt kam noch die Nachricht, daß Finanzminister Matuszewski um seinen Rücktritt eingekommen sei. Die Frage der Gehaltskürzungen scheint eine harte Nuß zu sein, die noch nicht ganz geknackt ist.

An die Bezieher
des „Ostdeutschen Volksblattes"

Die schwierigen Verhältnisse zwingen uns unbedingt auf der pünktlichen Einzahlung der Bezugsgebühr zu bestehen. Eine Zeitung kann sich nicht halten, wenn die Bezieher ihren Zahlungspflichten nicht nachkommen. Viele Bezieher des „Volksblattes" sind mit ihren Bezugsgebühren ein Jahr und noch länger im Rückstande. Die Verwaltung des „Ostdeutschen Volksblattes" sieht sich nunmehr gezwungen, allen Beziehern, die länger als ein halbes Jahr im Rückstande sind, die weitere Lieferung einzustellen. In einer der früheren Folgen lagen Erlagscheine bei; die rückständigen Bezieher haben auch bereits Mahnschreiben mit Erlagschein erhalten, auf welchem der rückständige Betrag bereits leicht mit Bleistift vorgemerkt ist. Jeder rückständige Bezieher möge sofort die Einzahlung vornehmen, um eine Einstellung der Weiterlieferung des Blattes zu vermeiden. Jeder deutsche Volksgenosse möge auch bedenken, daß durch die säumige Zahlung der Bezugsgebühr der Bestand des „Volksblattes" gefährdet wird.

Die Verwaltung d. „Ostdeutschen Volksblattes"

Polens Bericht in Genf.

Die polnische Note mit dem Bericht über die Maßnahmen, die von der polnischen Regierung infolge des Januarbeschlusses des Völkerbundsrats in Oberschlesien ergriffen wurden, ist bei der polnischen Delegation in Genf eingegangen und dürfte umgehend dem Völkerbundsekretariat überreicht werden.

Wie erinnerlich, hat der Völkerbundsrat in seiner letzten Januarsitzung einen Bericht des japanischen Berichterstatters angenommen, in dem er die Verletzung zweier Artikel der deutsch-polnischen Konvention über Oberschlesien durch die polnische Regierung feststellte und sie ersuchte, in der Maitagung Bericht zu erstatten über die Maßnahmen, die sie zur Vermeidung weiterer Verbindung der polnischen Behörde mit den Aufständischen-Verbänden ergriffen hätte.

Davongejagt und wieder angestellt.

Der „Robotnik" schreibt: In Erinnerung dürfte noch die Erklärung des Innenministers Skladkowski sein, daß er die Leiter des Untersuchungsamtes in Luck wegen unmenschlicher Mißhandlung von verhafteten Kommunisten davongejagt habe. Vor kurzem berichteten wir, daß sich einiger der davongejagten Polizisten der Wojewode Jozewski angenommen habe, der u. a. den Unterkommissar Sergjusz Zaremba in der Starostei untergebracht habe. Jetzt erfahren wir, daß dieser Zaremba wieder in Gnaden aufgenommen und abermals im Untersuchungsamt angestellt wurde.

Die Richter und Staatsanwälte gegen die Gehaltskürzung.

In der letzten Verwaltungssitzung der Vereinigung der Richter und Staatsanwälte wurde zu der Frage der Gehaltskürzung für die Staatsbeamten Stellung genommen, wobei man dem Beschluß der Vollversammlung der Richter und Staatsanwälte zustimmte. In diesem Beschluß wird festgestellt, daß die Gehaltskürzung im gegenwärtigen Augenblick besonders die materielle Lage der Richter und Staatsanwälte verschlechtere und ungünstig auf den Stand des Gerichtswesens einwirken könne.

Beratungen beim Ministerpräsidenten.

Am 8. Mai vormittag fand eine Konferenz beim Ministerpräsidenten statt, an der die Minister Zaleski, Prystor, Janta-Polczynski und Vizeminister Koc teilnahmen. Besprochen wurde die Frage einer finanziellen Hilfe für die Landwirtschaft, die in langfristigen Krediten bestehen soll.

Die Landwirtschaft mit 360 Millionen Zloty verschuldet.

Nach den Berechnungen des Hauptrates der Landwirtschaftsorganisationen beträgt die Verschuldung der polnischen Landwirt-

schaft, ungerechnet die Verpflichtungen an private Gläubiger, 900 Millionen Zloty. Davon sind 250 Millionen Zloty im Laufe der nächsten vier Monate zahlbar.

Unteilbarkeit der kleinen Landwirtschaften.
Ein Projekt des Bodenreformministers.

Obgleich die endgültige Entscheidung über die Einberufung der außerordentlichen Sejmtagung noch nicht gefallen ist, werden in den einzelnen Ministerien bereits eifrig alle Vorbereitungen getroffen. In dieser Tagung sollen neben dem Selbstverwaltungsgesetz und der Gesetzesvorlage über die Dienstpragmatik für die Staatsbeamten vom Bodenreformminister 7 verschiedene Gesetzesvorlagen eingebracht werden. Davon besitzt eine grundsätzliche Bedeutung. Es sieht die Unteilbarkeit der kleineren Landgüter vor, damit die Bildung solcher Landwirtschaften vermieden wird, die ihre Besitzer nicht ernähren können.

Neue Anleiheverhandlungen Polens.

In Sejmkreisen verlautet, daß gegenwärtig eine Reihe von Verhandlungen wegen Aufnahme neuer Auslandsanleihen geführt würden. In maßgebenden Finanzkreisen rechnet man damit, daß aus den erwarteten Abschlüssen ungefähr 300 Millionen Zloty nach Polen fließen würden. An erster Stelle steht die Absicht, auf dem französischen Markt die Landwirtschaftsobligationen unterzubringen.

Gegen die Abkommen mit Deutschland.

In der polnischen Presse der westlichen Landesteile wird ein Aufruf der Nationalen Partei und des Lagers des Großen Polens veröffentlicht, der sich gegen das Liquidationsabkommen und den Handelsvertrag mit Deutschland richtet. Es wird darauf hingewiesen, daß beide Abkommen für Polen ungünstig seien. Neben der Gefahr, die durch die deutsche Konkurrenz für die heute schon brach liegende polnische Industrie erwachse, würde dem Zuzug des deutschen Elements nach Polen kein Einhalt mehr geboten werden. Zum Schluß fordert der Aufruf, sich dem Zustrom der Deutschen zu widersetzen und keine Liegenschaften, keine Wohnungen und keinen Landbesitz an Deutsche zu verkaufen.

Die polnisch-ukrainische Einigung gescheitert?

Seit einigen Monaten hörte man von Bemühungen verschiedener Politiker, die eine Einigung zwischen Polen und Ukrainern zustande bringen wollten. Der griechisch-katholische Bischof, Dr. Chomyszyn in Stanislau, ließ einen langen Hirtenbrief hinausgehen, worin er zur Verständigung aufrief und besonders auf die bolschewistische Gefahr hinwies. Das Organ der ukrainischen Nationaldemokraten, die Tageszeitung „Dilo" in Lemberg veröffentlicht eine Verlautbarung der ukrainischen Abgeordneten im polnischen Sejm das dem Völkerbundssekretariat und anderen maßgebenden Faktoren im Auslande zugeschickt wurde und in dem die von polnischer Seite verbreitete Nachricht, daß zwischen der polnischen Regierung und der ukrainischen Minderheit Einigungsverhandlungen geführt werden, dementiert wird. In dem Kommuniquee wird dargelegt, warum die von polnischer Seite eingeleiteten Verhandlungen abgebrochen werden mußten, nämlich weil man polnischerseits nicht gewillt war, auch nur die bescheidensten ukrainischen Forderungen zu erfüllen. Ueberdies verlangte man auch eine ausdrückliche Loyalitätserklärung, welche die ukrainische parlamentarische Vertretung nicht unterzeichnen konnte, weil sonst der Eindruck entstanden wäre, daß die ukrainische parlamentarische Vertretung bisher dem polnischen Staate gegenüber keine loyale Haltung eingenommen hätte. Die ukrainischen Parlamentarier haben gefordert, daß die Angelegenheit der Pazifierungsaktion im Herbst vorigen Jahres in Ostgalizien einer parlamentarischen Untersuchung unterzogen würde, was kategorisch abgelehnt wurde.

Zu den Verhandlungen für die Grundlage einer polnisch-ukrainischen Verständigung wurden nur die Führer der ukrainischen Nationaldemokraten (Undo) herangezogen, die allerdings die Mehrheit des ukrainischen Volkes in Polen hinter sich haben. Die radikalen Ukrainer, vom Zeichen der Selrob-Partei und die kommunistisch angehauchten ukrainischen Gruppen, lehnten von vornherein jede Verständigung mit den polnischen Politikern ab. Die ukrainisch-kommunistische Zeitung „Syla" in Lemberg, bezeichnete die Undo-Führer als nationale Verräter. Von poln. Seite wird auf diesen Umstand hingewiesen und betont, daß man daraus ersehen könne, daß den Bolschewisten daran liege, die Spannung zwischen Polen und Ukrainern zu verschärfen um dabei im Trüben fischen zu können. Auch der Besuch des Warschauer sowjetrussischen Gesandten Antonow Owsiejenko wird in diesem Zusammenhang genannt.

In Spanien brennen Kirchen und Klöster.

Die spanische Revolution wurde im Allgemeinen als eine Musterrevolution geschildert, bei der fast keine Gewalt angewendet wurde und kein Blut floß. Nun stellt es sich heraus, daß die jetzige Regierung der spanischen Republik ihre Kinder nicht bändigen kann. In den ersten Tagen stürzte man die Denkmäler der spanischen Könige um; das war zwar nicht nötig aber noch nicht so schlimm. Nun kommt aber aus Spanien die Nachricht, daß zahlreiche Kirchen und alte berühmte Klöster von dem wütenden Pöbel angezündet wurden. Warum? Die Geistlichen und Mönche sollen Anhänger des früheren Königs sein. Die Regierung an deren Spitze Alcala Zamorra steht, tritt den Brandstiftern nur schwach entgegen, aus Angst bei den Massen unbeliebt und womöglich auch noch als königstreu verschrieen zu werden. Zamorra sucht auf alle mögliche Weise sein gut republikanisches Herz zu beweisen, um die republikanischen Massen bei seiner Stange zu halten. Er ließ mehrere ehemalige Minister der früheren königlichen Regierung, darunter General Berenguer, einsperren. Dann beschlagnahmte er das gesamte Privatvermögen des ehemaligen Königs zugunsten der Republik, obwohl er dem König vor dessen Abreise den Schutz des Eigentums versprochen hatte. Es scheint, daß Spanien vor einer zweiten radikalen Revolution steht, die den unentschlossenen Zamorra wegfegen dürfte. Bolschewistische Agitatoren sind in Spanien zurzeit eifrig am Werk, um die Dinge auf eine kommunistische Revolution hinzutreiben.

Massenerschießung von ukrainischen Offizieren in der Sowjetukraine?

Aus Charkow, der Hauptstadt der Sowjetukraine, wird gemeldet, daß dort 22 höhere ukrainische Offiziere über Anweisung der Staatspolizei (G. P. U.) erschossen worden seien. Es soll sich um Ukrainer handeln, die einen Militäraufstand gegen Moskau in der ukrainischen Räterepublik vorbereiteten. Die Exekution fand auf dem Hofe des Charkower Gefängnisses statt, ohne daß den Offizieren ein Prozeß gemacht wurde, den die Sowjets aus politischen Gründen vermeiden wollten.

Unter den Erschossenen sollen sich mehrere Offiziere befinden, die in der sowjetukrainischen Armee hohe und wichtige Vertrauensposten bekleideten und aus Ostgalizien stammten. Auch der aus Ostgalizien stammende General, Hryz Kosak, soll erschossen worden sein.

Hryz Kosak war der Komandant der ukrainischen Schützen, die als Hilfsformation der österreichisch-ungarischen Armee gegen Rußland kämpften. Diese ukrainischen Schützen bildeten dann den Kern der westukrainischen Armee, die 1918/19 Ostgalizien besetzt hielt. Nach der Niederwerfung der westukrainischen Armee durch die Polen, gingen die geschlagenen Reste über den Zbrucz nach der Ukraine über und griffen dort in die Parteikämpfe ein. Ein Teil der Offiziere, darunter General Hryz Kosak, traten später in die sowjetukrainische Armee ein, wo sie zu hohen Stellungen gelangten. Die Nachrichten über die Massenerschießung in Charkow sind, wie alle Nachrichten von dort, mit Vorsicht aufzunehmen. Wahr kann es leicht sein, denn die Bolschewisten machen von einer Massenhinrichtung nicht soviel Aufhebens wie westeuropäische Staaten. Es gab eine Zeit, wo die Erschießung von Hunderten ein tägliches Ereignis war und etwas mag sich davon noch erhalten haben, wenn auch Massenhinrichtungen im Bolschewistenreich etwas seltener geworden sind.

Rückkehr zum Heidentum im Sowjetparadies.

In der New Yorker Wochenschrift „The New Republic" findet sich folgende Schilderung, die ein Amerikaner, der seit sechs Monaten aus Wißbegier in Rußland lebt, in einem Briefe an seine Familie gibt:

„Ein Auto begegnete außerhalb Moskaus ein paar Bauern, die eine mit einem weißen Linnen bekleidete Kuh mit sich zogen und dem Fahrer bedeuteten, auf die Felder zu fahren, bis sie vorbeigekommen wären. Der Amerikaner erkundigte sich im nächsten Ort bei einer alten Frau nach dem Sinn dieses Vorganges. Sie mißbilligte das Gehörte und rief das eine über das andere Mal: „Oj, oj!" Dann sagte sie: „Da die Bolschewiken Gott abgetan haben, kehren die Bauern zum Heidentum zurück!" In diesem Falle hätten sie infolge der Dürre die Kuh an eine Wegkreuzung geführt, um ihre Milch nach den vier Windrichtungen zu versprengen, in der Hoffnung, daß der Geist des Regens darüber beschämt sein würde, daß die Bauern gezwungen seien, den trockenen Boden mit Milch zu befeuchten. (Der Amerikaner fügt bei, daß es in der folgenden Nacht tatsächlich gegossen hat.) In einem anderen Ort, wo er einen Halt machte, klagten einige

alte Bäuerinnen über die große Trockenheit. Eine meinte, seit die Bolschewiken Gott abgeschafft hätten, gäbe es keine Möglichkeit mehr, Regen zu erlangen, wenn es notwendig wäre. Eine bat, in Moskau nachzufragen, ob die Bolschewiken vielleicht irgendwie Regen bewirken könnten, was er zusagte."

Internationale kirchliche Front.

In Amsterdam ist die westeuropäische Pressekonferenz christlicher Schriftsteller eröffnet worden. Die Tagung ist von der Pressekommission des Oekumenischen Rates für praktisches Christentum einberufen. Delegierte aus Deutschland, Holland, Frankreich, England und Schottland sind zugegen.

Die herzlichsten Pfingstgrüße
entbietet allen Lesern und Freunden in Stadt und Land die
Schriftleitung und Verwaltung d. „Ostdeutschen Volksblattes"

Prof. D. van Veldhuizen wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß die Verhandlungen sich auch mit der internationalen publizistischen Abwehr der Gottlosenbewegung zu befassen haben. Zum Vorsitzenden der Konferenz wurde der Berliner Universitätsprofessor D. Hinderer gewählt.

Ein neuer Festungsgürtel gegen Deutschland

Der belgische Kriegsminister hielt am Mittwoch nachmittag eine Rede über die Verteidigung der Grenzen. Der ursprüngliche Plan ist in dem Sinne erweitert worden, daß ein Verteidigungsgürtel, westlich der Maas errichtet werden soll. Die Befestigung soll auf der Linie Arlon—Bastogne—Hoffalvce—Harriee—Gouvy gebaut werden. Dieser Verteidigungsgürtel schließt sich der Linie Namur—Lüttich—Antwerpen—Gent an. Die Ausgaben hierfür werden 350 Millionen Franken betragen, ferner 250 Millionen für schwere Artillerie. In der Aussprache bestätigte ein Sozialist, daß Deutschland unbewaffnet sei und keine Hilfsmittel besitze, um sich zum Krieg zu rüsten. Es sei geradezu verbrecherisch, mit der deutschen Gefahr zu drohen, um dadurch die Zustimmung zu den militärischen Plänen zu erreichen.

Amerikanische Frontkämpfer fordern Revision der Friedensverträge.

Unter den Auspizien der American Legion, der amerikanischen Frontkämpfervereinigung, fand am 4. Mai abend im Hotel Astor eine bedeutsame Deutschlandkundgebung statt, an der neben zahlreichen hervorragenden Amerikanern wie Major Walker, Senator Wagner und anderen, auch deutsche und österreichische Kriegsteilnehmer, ferner Führer der Deutsch-Amerikaner sowie Generalkonsul Kiep und Graf Luckner teilnahmen. Die American Legion, die in den Vereinigten Staaten eine Machtstellung einnimmt, setzte die Annahme einer Entschließung durch, in der die Revision der Unheil bergenden Friedensverträge gefordert wird. Präsident Hoover hatte der Versammlung ein Glückwunschtelegramm geschickt.

416 000 Unterschriften für Weltabrüstung.

In England sind bisher 416 000 Unterschriften für die internationale Erklärung zur Weltabrüstung gesammelt worden, die der Abrüstungskonferenz in Genf im nächsten Februar unterbreitet werden sollen. Man hofft, daß die Zahl der Unterschriften auf mehr als eine Million steigen werde.

Keine Diktatur in Rumänien.

König Karol von Rumänien hat einem Vertreter des „Journal" gegenüber eine Erklärung abgegeben, in der er sich insbesondere gegen die Gerüchte über eine bevorstehende Diktatur in Rumänien wandte. Von einer Diktatur in Rumänien könne niemals die Rede sein, denn das Regime sei verfassungsmäßig und parlamentarisch. Seiner Begegnung mit dem König von Südslawien dürfe man keinen politischen Charakter beimessen. Sie seien Freunde von Jugend auf und hätten den Wunsch gehabt, sich wieder einmal zu treffen. Was die Außenpolitik angehe, so werde Rumänien seine Freunde und Alliierten stets unterstützen, es wünsche aber auch freundschaftliche Beziehungen zu den Ländern zu unterhalten, die nicht seine Alliierten seien.

Der französische Außenminister Aristide Briand verteidigt seine Politik.

Am 7. Mai hielt Briand im französischen Parlament eine große Rede. Er verteidigte seine Politik gegenüber Deutschland, und erklärte sie als die einzig mögliche. Die Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich lehnte er scharf ab und betonte bitter, Deutschland hätte ihm diesen Schlag ersparen können. Niemals werde Frankreich den Anschluß Oesterreichs an Deutschland zulassen. Die Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich werde in Genf vor dem Völkerbundsrat verhandelt werden um zu prüfen, ob die Union den geltenden Friedensverträgen zuwiderlaufe. Schließlich betonte Briand, daß Frankreich ein Staat des Friedens sei.

Die französische Republik ist also, nach der Meinung Briands, ein Staat des Friedens. Wozu braucht dieser Friedensengel eine ständige Armee von 800 000 Mann? Der Friedfertige braucht doch keine Waffen!

Aus Stadt und Land

E Schmätzche

„Wenn sich die Keime frühlingsuchend regen,
Die Fröschlein quakend sich auf's Wasser legen,
Die Kinder wieder aus den Stuben lärmen,
Die Armen sich im Sonnenscheine wärmen,
Mit welchem Dank nehmt ihr das alles hin?"
— So fragt die Kinder ihre Lehrerin.
Da muß klein Kathelchen die Finger heben:
„Dörf mer dem liewe Gott e Schmätzche geben?"

Konrad.

Verband deutscher Katholiken in der Wojewodschaft Stanislau.

Einladung

zu unserer diesjährigen ordentlichen Vollversammlung, die am Pfingstsonntag, den 24. Mai 1931 in Broczkow-Dolina um 3 Uhr nachmittags stattfindet.

Tagesordnung:

1. Eröffnung.
2. Verlesung und Genehmigung des Berichtes über die letzte Hauptversammlung.
3. Tätigkeitsbericht über das abgelaufene Geschäftsjahr.
4. Bericht des Zahlmeisters.
5. Bericht des Aufsichtsrates und Entlastung des Vorstandes.
6. Wahlen.
7. Anträge und Wünsche.

Der Tagung geht ein Volksfest im Freien von 13,15 Uhr voran. Im Anschluß an die Tagung findet ein Volksabend statt. Das Stimmrecht in der Hauptversammlung haben: a) die Mitglieder des Hauptvorstandes, b) die Vertreter der Ortsgruppen.

Sonstige Mitglieder und Freunde des Verbandes sind herzlichst willkommen.

Anträge von Ortsgruppen oder einzelnen Mitgliedern müssen mindestens 14 Tage vor der Hauptversammlung beim Vorsitzenden eingebracht werden.

Anmeldungen sind zu richten: An Herrn Siegmund Schneider in Broczkow, Post Dolina, Wojewodschaft Stanislawow.

Mariahilf, den 24. April 1931.

(—) Jakob Reinpold, Vorsitzender.
(—) Ferdinand Baumann, Schriftführer.

Generalversammlung des Verbandes deutscher Katholiken in Polen

Die am 19. April 1931 in Kattowitz stattgefundene Generalversammlung des V. d. K. in Polen sollte den Freunden und Gegnern Aufschluß über Wesen und Ziel des Verbandes geben.

Der 1. Verbandsvorsitzende Herr Senator Dr. Pant erinnerte in seiner Begrüßungsrede an die vorjährige Generalversammlung in Graudenz, die eine imposante Kundgebung deutschen und katholischen Geistes war. Die diesjährige Generalversammlung findet nicht nur deswegen in äußerlich bescheidenen

Rahmen statt, weil nur alle zwei Jahre eine große Tagung vorgesehen sei, sondern auch, weil das der Not unserer Zeit entspreche. Die Arbeit des vergangenen Jahres war, wie Senator Dr. Pant betonte, vor allem der Jugend gewidmet und die Erfassung derselben bleibt auch in Zukunft wichtige Aufgabe des Verbandes. Mit herzlichen Worten gedachte Herr Senator Dr. Pant des leider schwer erkrankten 2. Vorsitzenden des Verbandes, des verdienten und von allen Deutschen in Polen verehrten Domherrn Klinke. Er sprach aus dem Herzen aller Anwesenden, wenn er der Bitte Ausdruck gab, daß der Herr über Leben und Tod, diesen treuen Freund und Förderer des Verbandes erhalten möge.

Nach einem Hoch auf den Heiligen Vater Pius XI. und den Herrn Staatspräsidenten Mościcki, das lebendiger Ausdruck des festen Willens der deutschen Katholiken Polens war, treu zu Kirche und Staat zu stehen, erteilte Dr. Pant dem Schriftführer das Wort zum Bericht über die vorjährige Generalversammlung.

Aus dem Jahresbericht den der Vorsitzende Herr Senator Dr. Pant gab, geht hervor, daß trotz des Ueberwiegens der hemmenden Momente die Arbeit im V. d. K. in Polen auch im vergangenem Jahr um ein gutes Stück vorwärts gekommen ist.

Die Generalversammlung in Graudenz war im Jahre 1930 die größte und bedeutendste Kundgebung der Deutschen in Polen. Sie ist zu einem Marksteine in der Geschichte des V. d. K. geworden.

Es war das erste Mal, daß der zuständige Diözesanbischof Dr. Okoniewski Kulm, einen offiziellen Vertreter in der Person des Prälaten Sawicki entsandte und dadurch dem Verband die wohlwollende Einstellung der geistlichen Behörde kundgab.

Die gerichtliche Eintragung seit 1923 erstrebt, erfolgte auf Grund neuer Gesuche am 26. November 1930. Die am 23. April 1930 in Graudenz angenommenen Satzungen wurden unverändert bestätigt.

Der seit langem gehegte Wunsch des Hauptvorstandes ein eigenes Verbandsorgan zu schaffen konnte endlich in Erfüllung gehen. Ende Januar wurde das 1. Exemplar des „Monatsweiser“ herausgegeben. Die Zeitschrift soll den einzelnen Ortsgruppen und Vertrauensleuten Ratgeber und Helfer sein, der alle technischen Fragen der Verbandsarbeit erörtert und das Material für die Veranstaltungen bringt. Die gesamte Jahresarbeit stand unter dem Motto „Jugend“. Aus Verantwortung gegenüber dem jüngeren Geschlecht ist diese Themenstellung erwachsen und die erzielten Erfolge lassen schon heute erkennen, daß der Mahnruf ernst genommen wurde und auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Es bestehen zur Zeit in Oberschlesien 30, in Posen 7, in Pommerellen 7, in Kleinpolen 5 zusammen 49 Jugendgruppen.

Die Versammlungstätigkeit ist auch eine rege gewesen: Versammlungen, Vortrags-, Theater- Märchenabend und gesellige Veranstaltungen wechseln miteinander ab. Die Bemühungen, das Niveau der Veranstaltungen auf erzieherische Weise wirken zu lassen, schreiten fort.

Dank der vorzüglichen Arbeit konnten während der Ferienzeit 6000 Schulkindern Landpflegestellen vermittelt werden. Die Spenden der Ortsgruppen für karitative Zwecke betragen annähernd 15 000 Zloty, wobei die Vermittlung und Zahlung von Stipendien, Darlehen usw. nicht eingerechnet ist.

Auf dem Gebiete des Bildungswesens ist auch ein Fortschritt zu verzeichnen. Das katholische Privatschulwesen Kleinpolens wurde ein wenig ausgebaut. Die Katholischen Volkskalender erscheinen in alter Auflage weiter. 7000 Stück Bibliotheksbücher und ca. 1000 Gebetbücher „Weg zum Himmel“, konnten gegen Erstattung der Fracht- und Zollkosten unter die Mitglieder gebracht werden. Der Mitgliederstand blieb im vergangenem Jahre unverändert und beläuft sich auf 23 000 Mitglieder.

Auf Grund der Arbeitserfolge kann festgestellt werden, daß der V. d. K. die größte und stärkste deutsche Organisation in Polen und im Volk am tiefsten verankert ist.

Nach Entlastung des Vorstandes schritt die Versammlung zur Neuwahl. Zum 1. Vorsitzenden wurde unter begeistertem Beifall Herr Senator Dr. Pant wiedergewählt und das Vertrauen zu der Verbandsleitung wurde dadurch zum Ausdruck gebracht, daß man die anderen Vorstandsmitglieder bat, ihre Aemter weiterzuführen.

Zum Schluß der Generalversammlung ergriff noch einmal der erste Vorsitzende Herr Senator Dr. Pant, das Wort, um grundsätzlich die Bedeutung des V. d. K. seine Ziele und seine Stellung im katholischen Vereinsleben klarzulegen. Seine Ausführungen gewannen dadurch besonderes Gewicht, daß sie ebenso an die Gegner, wie auch an die Freunde des Verbandes gerichtet waren. Es wird fortan nicht mehr möglich sein, dem V. d. K. jene unlauteren Nebenabsichten unterzuschieben, die man ihm bisher leider immer noch zu unterstellen versuchte, um ihn bekämpfen zu können.

Der Verband deutscher Katholiken ist, so begann Dr. Pant, nicht gegründet worden, um den vielen deutschen katholischen Vereinen noch eine neue Organisation hinzuzufügen, sondern um einer bestimmten Idee willen. Uns deutsche Katholiken binden die höchsten Werte: Religion und Volkstum. In den Dienst dieser Gemeinschaftsidee haben wir uns gestellt.

Religion und Volkstum sind für uns etwas Untrennbares, ein Ganzes, das unsere Seele erfüllt. Wir sind überzeugt, daß ein religionsloses Auslandsdeutschtum dem Untergange geweiht ist. Alle deutschen Katholiken in Polen, die Träger dieser Idee sein wollen, gehören dem V. d. K. an. Wir arbeiten nicht für den Verband, sondern für den hohen Gedanken der Einheit von Religion und Volkstum.

Der Verband deutscher Katholiken ist nicht neben den anderen Organisationen gegründet worden, sondern weil er notwendig war, zur Zusammenfassung aller deutschen Katholiken in ganz Polen. Er hat sofort als seine Tätigkeit begann, sich aller deutschen Glaubensgenossen angenommen, mochten sie auch Hunderte von Kilometern entfernt sein und damit seine breite Grundlage gewonnen, auf der er mit anderen Organisationen zusammenarbeiten will.

Auch der V. d. K. hat leider seine Gegner, auch dort, wo man es am wenigsten erraten sollte. Den einen ist er zu wenig deutsch, den andern zu wenig katholisch. Dabei ist seine Stellung auch in dieser Hinsicht ganz klar und eindeutig. Wir deutsche Katholiken wollen an der Ueberbrückung der nationalen Gegensätze arbeiten. Wenn man uns von nationalistischer Seite den Vorwurf macht, daß wir ein politischer Verein sind, dann müssen wir diese Unterstellung auf das Entschiedenste ablehnen. Dem widersprechen nicht nur unsere Satzungen, sondern auch unsere Taten. Wir sind ein kultureller Verband, der sich bewußt ist, daß die Grundlage der europäischen Kultur in den Grundsätzen des Christentums verankert sein muß, wenn überhaupt Kultur bestehen soll. Der Verband deutscher Katholiken ist kein religiöser und kein kirchlicher Verband. Er mengt sich in Fragen, die allein diese Angelegenheit angehen, nicht ein, weil sie nicht in seinem Bereiche liegen. Er ist ein kultureller Verband, dessen Wirkung von der Ueberzeugung getragen ist, daß Kultur und Christentum zusammengehören. Der Redner führte weiter aus, daß der Weg zur Wiedergeburt über die praktische Nächstenliebe, die der Welt in so verhängnisvollem Maße verloren gegangen ist, führt.

Es gab wohl keinen unter den Hörern, der den Worten des Redners nicht aus tiefster Seele zugestimmt hätte. Feierlich erklang dann das Lied „Großer Gott wir loben dich“ als Abschluß der bedeutsamen Fragen.

Lemberg. (Deutsch-katholische Gottesdienste.) **Für die deutschen Katholiken der Stadt Lemberg findet am 27. Mai d. Js. in der Seitenkapelle der Jesuitenkirche auf der Rutowskistraße (Eingang durch das Gerichtsgebäude) eine Abendandacht statt. Der Beginn der Abendandacht ist auf 5 Uhr nachmittags festgesetzt.**

— (Deutscher Geselligkeitsverein Frohsinn.) **Der deutsche Geselligkeitsverein „Frohsinn“ veranstaltet am Pfingstsonntag, den 24. Mai d. Js., auf dem deutschen Sportplatz um 3 Uhr nachmittags ein Gartenfest.** Konzerte, ein Fußballwettspiel des Sportklubs „Vis“ und andere Darbietungen werden für Zerstreuung sorgen. Erfrischungen werden reichlich vorhanden sein. Der Eintritt beträgt für Erwachsene 1 Zloty, für Schuljugend und Hochschüler 0.50 Zloty. Die deutschen Volksgenossen in Lemberg und Umgebung werden auf diese Veranstaltung aufmerksam gemacht und mögen sich den Nachmittag des ersten Pfingsttages dazu freihalten. Sollte es am ersten Pfingsttage regnen, dann wird das Gartenfest mit demselben Programm auf den zweiten Pfingsttag, 3 Uhr nachmittag, verschoben. Wenn wider alles Erwarten auch an diesem Tage ungünstiges Wetter herrschen soll, wird das Gartenfest auf den 7. Juni d. Js. verlegt. Für diesen Tag ist auf alle Fälle bereits ein großes Gartenfest, mit reichhaltigem Programm vorgesehen.

— (50jähriges Arbeitsjubiläum.) Am Sonntag, den 10. Mai d. Js., beging Herr Peter Wendel, Mitinhaber des Cafes „Roma“ in Lemberg, sein 50jähriges Arbeitsjubiläum. Als ältester Sohn wenig bemittelter Landleute kam der Jubilar vor 50 Jahren als Knabe nach Lemberg und trat in das Gastwirtsgewerbe ein. Durch eisernen Fleiß arbeitete er sich empor und konnte sich durch stetige Sparsamkeit selbständig machen. Seit Jahren ist Herr Peter Wendel Mitinhaber des

Cafes „Roma“ in Lemberg, das zu den besten Kaffeehäusern der Stadt gehört. Der Jubilar kann heute auf ein arbeitsreiches Leben zurückblicken. Weit über den Kreis seiner deutschen Volksgenossen hinaus, erfreut er sich innerhalb der Lemberger Geschäftswelt vielseitiger Achtung und Sympathie. Sein fünfzigjähriges Arbeitsjubiläum feierte Herr Peter Wendel im Kreise seiner Familie, seiner nächsten Verwandten und Freunde. Die Feier war besonders erhebend, da auch auf denselben Tag das vierzigjährige Hochzeitsjubiläum des Jubilars und seiner Gemahlin Juliane geborene Aßmann, fiel. Wenn ein gütiges Geschick dem Jubilar und seiner Gemahlin noch 10 Lebensjahre schenkt, wie wir es alle hoffen und wünschen, dann kann sechzigjähriges Arbeitsjubiläum und goldene Hochzeit gefeiert werden. Wir beglückwünschen Herrn Peter Wendel zu seinem fünfzigjährigen Arbeitsjubiläum, als auch ihm und seiner Gemahlin zur vierzigsten Wiederkehr ihres Hochzeitstages aufs herzlichste und wünschen dem Jubelpaare ad multos annos!

— **(Privates Gymnasium für Knaben und Mädchen mit deutscher Unterrichtssprache mit Oeffentlichkeitsrecht der evang. Kirchengemeinde in Lwow, ulica Kochanowskiego 18.) Die Aufnahmeprüfungen in die 1.—7. Klasse für das Schuljahr 1931 32 finden am Sonnabend, den 27. Juni 1931, um 9 Uhr vormittags statt. Nähere Auskünfte erteilt mündlich und schriftlich die Direktion täglich, von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags in der Direktionkanzlei des Gymnasiums, Lemberg, Kochanowskiego 18.**

Engelsberg. (Sommerfrische.) Es naht der Sommer und mit ihm die Ferienzeit. Viele entfliehen dem Staub und Dunst der großen Städte und begeben sich auf das Land, um in reinerer Luft sich zu erquicken. Viele eilen auf die Berge und in die Wälder, um sich für einige Wochen von der Last der Arbeit zu erholen und zu stärken. Die Müden und Matten suchen sich ein stilles Plätzchen, wo sie sich erfreuen und erfrischen können. — Das alles ist in der deutschen Gemeinde Engelsberg zu finden. Fluß, Wald und Gebirge in nächster Nähe. Wer seine Ferien in einer deutschen Gemeinde zu verbringen gedenkt, der wende sich an das Schulamt in Engelsberg, Post Weldzisz, Bez. Dolina, wo ihm bereitwilligst nähere Auskunft erteilt wird. F.

Unterwalden. (Trauung.) Am Sonntag, den 10. Mai d. Js. wurde in der hiesigen Kirche, Herr Jakob Ruppenthal mit Frl. Amalie Stein getraut. Die Trauung vollzog Herr Pfarrer Konsenior Dr. Rudolf Kesselring-Lemberg. Braut und Bräutigam stammen beide aus angesehenen Familien in Unterwalden. Daher begleitete auch ein langer Zug von Verwandten und Freunden das Brautpaar zur Kirche. Da adie Braut keine Mutter mehr hat, wurde die Hochzeit im Hause des Bräutigams gefeiert. Das Hochzeitsfest war recht fröhlich, aber doch sehr schön. Während der Hochzeitstafel leitete Herr Kurator Kullmann eine Sammlung zugunsten des evangelischen Kinderheimes in Stanislau ein, die 10,65 Zloty ergab.

Für Schule und Haus

Einladung

zur Konferenz des Zweiglehrervereins in Lemberg am 26. Mai l. J. in Hartfeld bei Grodek.

Tagesordnung:

1. Praktische Lektion: Wie unsere Vorfahren ins Land kamen.
2. Referat: Die Besiedlung Galiziens.
3. Referat: Die Schülersparkasse.
4. Bericht über die Sitzung des Bezirksvereins — Vertretertagung.
5. Allfälliges.

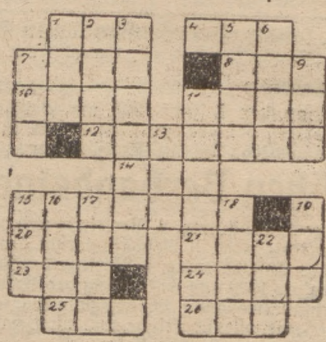
Die Teilnahme aller Mitglieder ist erforderlich. Die Sitzung beginnt um ½10 Uhr vormittags. Abfahrt der Züge vom Lemberger Hauptbahnhof: 4.45, 8.00, 11.45, 14.20, 14.30, 16.10, 16.50, 19.10. Die in der letzten Folge des Volksblattes angegebenen Abfahrtszeiten entsprachen noch dem alten Fahrplan und sind bereits hinfällig. Die oben angegebenen Züge entsprechen dem unterdessen erschienenen neuem Fahrplan. Die Endstation ist Kamienobrod.

Weinbergen, 16. Mai 1931.

Der Vorsitzende: H. Stallmann.



Kreuzworträtsel



Waagerecht: 1. Stadt in Württemberg, 4. Ferment, 7. Gesangsstück, 8. ausgestorbener Riesenvogel, 10. Berg in der Schweiz, 11. Unrecht, 12. phönizische Göttin, 14. Nebenfluß der Weichsel, 15. Fluß in Afrika, 20. Hebemaschine, 21. dänischer Komponist, 23. Nebenfluß der Donau, 24. Zusammenbruch, 25. Fisch, 26. nordische Gottheit.

Senkrecht: 1. schweizerischer Kanton, 2. Bund, 3. Stadt in Sachsen, 5. Liebesgott, 6. Pulver zum Schleifen von Diamanten, 7. Genre, 9. griechische Göttin, 11. Stadt in Alt-Griechenland, 13. Zeitbestimmung, 15. Sportgerät, 16. Mädchenname, 17. Roman von Zola, 18. Insekt, 19. arabische Bezeichnung für Sohn, 22. Artikel.

Auflösung des Kreuzworträtsels



Verantwortlicher Schriftleiter: Willi Bisanz Lemberg. Verlag: „Dom“, Verlagsgesellschaft m. b. (Sp. z ogr. odp.) Lwów (Lemberg), Zielona 11. Druck: „Vita“, zakład drukarski, Spółka z ogr. odp. Katowice, ulica Kościuszki 29.

Genossenschaftsbank Lwów

(Spółdz. z ogr. odpow. we Lwowie)

Einladung

zu der am Mittwoch, den 3. Juni 1031, um 3 Uhr nachm. in den Räumen der evangelischen Schule in Lemberg, Kochanowskiego Nr. 18 stattfindenden

ord. Generalversammlung

Tagesordnung: 1. Eröffung. 2. Protokollverlesung. 3. Geschäftsbericht der Direktion. 4. Bericht des Aufsichtsrates. 5. Vorlage der Jahresrechnung und Bilanz pro 1930 und Entlastung der Funktionäre. 6. Gewinnverwendung. 7. Wahl des Aufsichtsrates. 8. Allfälliges.

Die Jahresrechnung liegt zur Einsichtnahme im Banklokale Lwów, Chorążczyzna 12, auf.

Lemberg, den 5. Mai 1931.

Sewerin Beigert mp. Vorsitzender des Aufsichtsrates

Rudolf Bolek mp. Direktor

Verband deutsch. landw. Genossenschaften in Polen

zarej. spółdz. z ogr. odp. we Lwowie, Chorążczyzna 12

Einladung

zu der am Donnerstag, den 4. Juni 1931, nm 10 Uhr vormittags, in den Räumen der evangelischen Schule in Lemberg, Kochanowskiego Nr. 18, stattfindenden

Ordentlichen Verbandstage

Tagesordnung: 1. Eröffnung. 2. Verlesung und Genehmigung des letzten Protokolles. 3. Geschäftsbericht des Vorstandes. 4. Bericht des Aufsichtsrates. 5. Vorlage der Jahresrechnung und Bilanz pro 1930 und Entlastung der Verbandsfunktionäre. 6. Gewinnverwendung. 7. Festsetzung des Jahresbeitrages pro 1931. 8. Genossenschaftliche und wirtschaftliche Tagesfragen. 9. Allfälliges.

Die Jahresrechnung liegt zur Einsichtnahme im Verbandslokale, Lwów, Chorążczyzna 12, auf.

Lemberg, den 5. Mai 1931.

Rudolf Bolek mp. Verbandsanwalt

Spar- u. Darlehenskassenverein für die Deutschen in Felizienthal und Umgebung

spółdz. z nieogr. odpow. w Felizienthalu

Einladung zu der am 21. Juni 1931 um 14 Uhr im Deutschen Hause zu Felizienthal stattfindenden

ordentl. Vollversammlung

Tagesordnung: 1. Eröffnung und Protokollverlesung. 2. Verlesung und Genehmigung des Revisionsberichtes 3. Geschäftsbericht des Vorstandes und Aufsichtsrates 4. Genehmigung der Jahresrechnung und Bilanz pro 1930 und Entlastung der Funktionäre. 5. Gewinnverwendung 6. Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsrates 7. Allfälliges.

Der Geschäftsbericht liegt zur Einsichtnahme im Kassalokale auf.

Felizienthal, den 3. Mai 1931.

Johann Hartl mp Obmann.

Spar- und Darlehenskassenverein

spółdz. z nieogr. odpow. w Gelsendorf

Einladung zu der am 7. Juni 1931 um 12 Uhr mittags im Schulh. zu Gelsendorf stattfindenden

ordentl. Vollversammlung

Tagesordnung: 1. Protokollverlesung 2. Revisionsbericht 3. Geschäftsbericht 4. Genehmigung der Bilanz pro 1930 und Entlastung 5. Verlustdeckung. 6. Ergänzungswahlen. 7. Allfälliges.

Der Geschäftsbericht liegt im Kassalokal auf.

Philipp Reichert mp. Obmann

Spar- und Darlehenskassenverein

spółdz. z nieogr. odpow. w Kornelówce

Einladung zu der am 7. Juni 1931 um 15 Uhr in Kornelówka stattfindenden

außerord. Voll-Versammlung

Tagesordnung: 1. Eröffnung und Verlesen des letzten Berichtes. 2. Erteilung der Entlastung 3. Festlegung des Ortes der nächsten Vollversammlung 4. Erhöhung der Verpflichtungen, die die Kasse eingehen darf, auf 100.000 zł. 5. Allfälliges.

Kornelówka, den 10. Mai 1931

Rudolf Niemczyk mp. Vorsitzender des Aufsichtsrates

Die Qualitätswaren

Bracia Czeczowiczka, Andrychów

für Leib-, Bett- u. Tischwäsche

kaufen Sie preisgünstig nur bei

M. Ewald, Lwów

ul. Sobieskiego Nr. 5

Spar- und Darlehenskassenverein für die deutschen Einwohner in Weinbergen und Umgebung

Spółdz. z nieogr. odpow. w Weinbergen

Einladung zu der am 7. Juni 1931 um 14 Uhr im Deutschen Hause zu Weinbergen stattfindenden

ord. Voll-Versammlung

Tagesordnung: 1. Protokollverlesung, 2. Revisionsbericht 3. Geschäftsbericht 4. Annahme der Jahresrechnung u. Bilanz pro 1930 und Entlastungserteilung. 5. Gewinnverwendung 6. Beschlußfassung über das Einheben der Mitgliedsbeiträge. 7. Erhöhung der Darlehensgrenze auf 2000 zł 8. Ergänzungswahlen 9. Allfälliges.

Der Rechnungsabschluß liegt im Kassenlokal zur Einsicht auf.

Karl Bredy mp. Obmann

Ausschreibung!

Die Pfarrstelle in Lemberg (Lwów)

kommt neu zur Besetzung. Gehalt nach Vereinbarung. Freie Amtswohnung.

Bewerber wollen ihre Gesuche bis 15. Juni 1931 richten an das

Evangelische Pfarramt in Lwów

Strumpfzentrale Pfau

LEMBERG, Ringplatz 19

größte Auswahl, billigstens, weil im Tor.

Bücher

sind Freunde

Bücher

sind Gefährten

Suche per sofort Stelle wo immer als

Huf- u. Wagenschmied

Bin 25 Jahre alt, im Fach tüchtig. Besitze Zeugnisse. Anträge an die Verwaltung dieses Blattes

---

Wirtschaftsgebäude

mit Garten in Brigidau Nr. 84 werden verkauft.

Reflektanten mögen sich wenden an Dr. Möck Philipp Brigidau, p. Stryj

---

Die billigen

Romane

finden immer eifrige Leser weil sie spannenden Lesestoff bieten.

Ludwig Biro,
Das Haus Molitor

Peter Bolt,
Die Braut Nr. 68

Peter Murr,
Die gestohlene Braut

In derselben Reihe erschien der berühmte Roman

Paul Keller,
Die Heimat

Preis jedes Bandes nur **2.20** Zł und Porto **30** gr.

„Dom" Verlags-Gesellschaft

Lemberg, Zielona 11

Soeben erschien in deutscher Sprache:

Unentbehrlich für Arbeiter und Angestellte!

Das Arbeitsrecht Polens

von Dr. W. Wolff

ca. 200 Seiten Umfang
mit anhängendem, ausführlichem Sachregister

zum Preise von zl. 6.-

Das Werk umfaßt alle für Arbeitnehmer jeder Art wichtigsten Gesetze und Bestimmungen, wie Steuern, Kündigungsrecht, Urlaube, Arbeitslosenversicherung, Unterstützung, Stellenvermittlung, gesetzl. Feiertage, Ausländerverordnung, Niederlassungsrecht, Arbeitsaufsicht, Angestellten-Versicherung, Achtstundengesetz, Kranken-Versicherung, Gewerberecht, Arbeitsverträge, Reichsversicherungsordnung und -Fürsorge, Wochenhilfe u. vieles andere in übersichtlicher Form

Das Werk kann durch jede Buchhandlung sowie Gewerkschaft u. vom Verlag direkt bezogen werden

KATTOWITZER BUCHDRUCKEREI UND VERLAGS-SPÓŁKA AKC., 3. MAJA 12